



## JULI



- 110 Chronik
- 112 Palästinensergebiete gespalten: Hamas übernimmt die Macht im Gazastreifen, Abbas sucht die Festigung der Kontrolle im Westjordanland
- 114 Justizfarce zwischen Libyen, Bulgarien und der EU: Todesurteile widerrufen, Angeklagte frei, Beschuldigungen aller gegen alle
- 116 Die islamistische Partei des türkischen Premiers Erdogan erringt einen klaren Sieg
- 118 Nordkorea verspricht, sein Atomprogramm zu beenden
- 120 Venezuela verstaatlicht die Ölindustrie
- 121 Der Boeing-Konzern stellt sein «Flugzeug der Zukunft» vor
- 122 Ingmar Bergman, einer der grössten Filmregisseure des 20. Jahrhunderts, stirbt im Alter von 89 Jahren
- 123 Tod des italienischen Filmeschaffers Michelangelo Antonioni
- 124 «Harry Potter» erweist sich wieder als globales Gesellschaftsphänomen



José Socrates,  
Premierminister  
Portugals.

### 1.7. Portugal übernimmt EU-Vorsitz

Portugals Premier, *José Socrates*, verspricht am Tag der Übernahme der EU-Präsidentschaft (für ein halbes Jahr), er werde sich für die Einigung in der EU auf einen Grundlagenvertrag einsetzen. Ein Vertragsentwurf war von 18 EU-Ländern akzeptiert, aber von Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden.

### 2.7. Jemen: Gewalt gegen Touristen

Ein Selbstmordattentäter ermordet in Jemen sieben spanische und zwei weitere europäische Touristen und verletzt mit seiner Bombe nochmals sieben. Der Attentäter habe Verbindungen zu al-Qaida gehabt, erklärt Jemens Regierung.

### 3.7. Islamabad: Terror um Moschee

Die Rote Moschee von Islamabad (Pakistan) wird von islamistischen Extremisten besetzt. Sie fordern von Präsident *Musharraf* entschlossenes Vorgehen gegen «unislamische» Personen. Der Konflikt eskaliert und endet mit der Erstürmung der Moschee durch die pakistanische Armee. Er fordert über 100 Tote.

### 4.7. BBC-Journalist in Gaza freigelassen

Der vier Monate vorher in Gaza entführte Journalist der britischen BBC *Alan Johnston* wird – ohne Lösegeld – freigelassen.

### 5.7. Winter-Olympiade 2014 in Russland

Die Stadt Sotschi erhält vom Olympischen Komitee (IOK) den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 2014. Der Kurort am Schwarzen Meer konnte sich gegen Salzburg und das südkoreanische Pyeongchang durchsetzen.

### 6.7. Auch Japan plant einen Raketenschild

Nach den USA plant nun auch Japan die baldige Errichtung eines Raketenschildes zum Schutz vor möglichen Angriffen Nordkoreas. Zudem will Japan seine Zusammenarbeit mit der US-Armee ausdehnen.

### 7.7. Schwere Überschwemmungen in China

Heftige Niederschläge in ausgedehnten Gebieten Chinas verursachen Überschwemmungen und Erdbeben. Über 14 Millionen Menschen sind davon betroffen. Mindestens 100 Personen kommen ums Leben.

### 7.7. Irak: 150 Tote bei Bombenanschlag

Bei einem der blutigsten Selbstmordanschläge nördlich von Bagdad sterben 150 Menschen. Rund 200 Einwohner der Stadt Amirli werden verletzt.

### 8.7. Erster indischer Zug seit Jahren in Bangladesh

Erstmals seit 42 Jahren fährt wieder ein Zug von Kalkutta nach Bangladesh. Der Zugverkehr war nach dem indisch-pakistanischen Krieg 1965 ausgesetzt worden.

### 8.7. Neuer Präsident Lettlands umstritten

In Riga wird der in eine Steueraffäre verwickelte Arzt *Valdis Zatlers* als neuer Präsident Lettlands vereidigt. Der 52-Jährige verfügt über keine politische Erfahrung.

### 9.7. Lebenslänglich für Rucksackbomber

Ein britisches Gericht verurteilt vier Drahtzieher der Anschläge vom Juli 2005 in London zu lebenslanger Haft. Sie hatten versucht, drei U-Bahnen und einen Bus in die Luft zu sprengen. Die Terroranschläge forderten 56 Tote und Hunderte Verletzte.

### 10.7. Vatikan brüskiert evangelische Kirche

Ein von Papst *Benedikt XVI.* gebilligtes Dokument spricht den Reformierten den Status einer Kirche ab und bekräftigt die Einzigartigkeit des Katholizismus. Lutheraner und andere Protestanten reagieren mit Empörung.

### 11.7. Libyen: Todesurteile im Aids-Prozess

Im Justizskandal um eine Aids-Epidemie in einem Kinderspital bestätigt das Oberste Gericht in Libyen die Todesstrafe für fünf bulgarische Krankenschwestern und einen Arzt. Die Todesurteile werden am 17. 7. in lebenslange Haftstrafen umgewandelt, nachdem jede Opferfamilie eine Million Dollar bekommen hat.

### 12.7. Schweiz: sechs Tote bei Lawinenunglück

Beim schwersten Unglück der Schweizer Armee seit 15 Jahren werden sechs Soldaten beim Aufstieg zur Jungfrau im Berner Oberland von einem Schneebrett erfasst.

### 13.7. Putin friert Abrüstungsvertrag ein

Der russische Präsident, *Wladimir Putin*, setzt wie angekündigt den Abrüstungsvertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) aus. Anlass sind die geplanten US-Abfangraketen in Polen und Tschechien und Pläne für die Stationierung von US-Truppen in anderen Ländern Mitteleuropas.

### 14.7. Nordkorea schaltet Reaktor ab

Nach der ersten Ölhilfslieferung schliesst Nordkorea seinen Atomreaktor in Yongbyon und lässt wieder IAEA-Inspektoren ins Land. Für die Schliessung von Yongbyon hatten die USA, China, Südkorea, Japan und Russland die Lieferung von Öl zugesagt. Ob Nordkorea jedoch das ganze Atomprogramm beendet, bleibt offen (Nordkorea hat bereits Atombomben).

### 15.7. Attentate erschüttern Pakistan

Pakistans Armee beendet eine von Fundamentalisten inszenierte Besetzung der Roten Moschee in Islamabad mit Gewalt. Mehr als 100 Menschen kommen ums Leben. Rache-Selbstmordattentate der Fundamentalisten danach reissen weitere Hunderte Menschen in den Tod.



BBC-Journalist Alan  
Johnston: Die Hamas  
agierte als Vermittlerin  
im Geiseldrama.

### 15.7. Israel: Peres vereidigt

*Shimon Peres* wird vom Parlament als israelischer Präsident vereidigt. Der 84-Jährige tritt die Nachfolge des zurückgetretenen *Moshe Katzav* an.

### 16.7. Erdbeben in Japan

Ein Erdbeben der Stärke 6,8 in Japan fordert acht Tote, zahlreiche Menschen werden verletzt. Beschädigt wird auch ein Atomreaktor.

### 17.7. Flugzeugunglück in Brasilien

Ein Airbus 320 der brasilianischen Fluglinie TAM rast bei der Landung auf dem Flughafen Congonhas in São Paulo über die Landebahn hinaus und kracht in eine Tankstelle und ein Gebäude. Über 200 Menschen kommen ums Leben.

### 18.7. Afghanistan: Zwei Deutsche entführt

In der Provinz Wardak werden zwei deutsche Ingenieure und mehr als zwanzig Südkoreaner von Taliban-Rebellen entführt. Ein Deutscher kommt ums Leben, und bis Ende Juli werden zwei Koreaner ermordet.

### 19.7. Indien hat eine Staatschefin

Ein Gremium aus Abgeordneten des Bundes und der Bundesstaaten wählt die 72-jährige *Pratibha Patil* zur indischen Staatspräsidentin.

### 20.7. Israel lässt 255 Palästinenser frei

Mit der Freilassung von 255 Palästinensern will Israel dem Palästinenserpräsidenten *Mahmud Abbas* im Machtkampf mit der Hamas den Rücken stärken. Die Hamas bezeichnet *Abbas* als Parteigänger Israels.

### 21.7. Neues Staatsoberhaupt in Albanien

Das albanische Parlament wählt den 50-jährigen *Bamir Topi* zum neuen Staatspräsidenten. Er erhält im vierten Wahlgang 85 Stimmen, nur eine mehr als erforderlich.

### 22.7. Parlamentswahlen in der Türkei

Die islamisch-konservative AKP von Ministerpräsident *Tayyip Erdogan* erhält bei den Parlamentswahlen 46,7 Prozent, die linke Republikanische Partei 20,8 und die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Bewegung 14,3 Prozent. Damit kann *Erdogan* weiter allein regieren.

### 23.7. Eiszeit Russland - Grossbritannien

Grossbritannien verlangt von Russland die Auslieferung des mutmasslichen Mörders des Ex-Geheimdienstlers *Litwinenko* und weist, als Moskau dies ablehnt, vier russische Diplomaten aus. Die russische Regierung ordnet ebenfalls für vier Briten die Heimreise an.

### 24.7. Ghaddafis Gefangene sind frei

Fünf bulgarische Krankenschwestern und ein palästinensischer Arzt, die von *Ghaddafis* Justiz in Libyen wegen angeblicher Aids-Verbreitung

zum Tode verurteilt und dann begnadigt wurden, können nach neunjähriger Gefangenschaft nach Sofia ausreisen. Sie werden in die Freiheit entlassen. Libyen spricht von «Verrat».

### 25.7. Kosovo: Ahtisaari beendet Mandat

Frustriert wegen der Ausweglosigkeit in den Verhandlungen über Kosovo erklärt der finnische Diplomat *Martti Ahtisaari*, er verzichte auf ein weiteres Verhandlungsmandat. Er hatte sich für eine international kontrollierte Teil-Unabhängigkeit Kosovos ausgesprochen.

### 26.7. Sarkozy in Libyen: Atom-Geschäft

Frankreichs Präsident, *Nicolas Sarkozy*, bietet bei seinem Libyen-Besuch *Ghaddafi* die Lieferung eines Atomkraftwerks an. Es soll der Entsalzung von Meerwasser dienen. Europäische Partner Frankreichs üben Kritik an der offensiven Politik *Sarkozys* in Libyen.

### 27.7. Notstand in Italien und England

In Süditalien proklamiert die Regierung wegen verheerender Feuer (Schäden von einer Milliarde Euro) den Notstand, in England werden die Gebiete um Oxford wegen gewaltiger Überschwemmungen (neun Todesopfer) zu Notstandsgebieten.

### 28.7. Kanaren: Noch mehr Flüchtlinge

An der Küste der spanischen Kanareninsel Teneriffa landet ein Boot aus Afrika mit 179 Flüchtlingen. Gegen 10 000 Migranten sind seit Anfang 2007 an die Küsten Spaniens gekommen. Probleme mit Migranten aus Afrika hat auch Malta. Hunderte Afrikaner sind auf Fahrten im Mittelmeer oder im Atlantik umgekommen.

### 29.7. Bush liefert Waffen nach Nahost

US-Präsident *Bush* enthüllt Pläne, Waffen für 20 Milliarden Dollar an Saudiarabien und die Golfstaaten zu liefern. Israel soll darüber hinaus Waffen für bis zu 30 Milliarden erhalten. Der Zweck gemäss *Bush*: Eindämmung Irans.

### 30.7. Ingmar Bergman gestorben

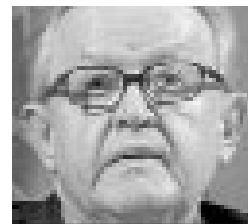
Der schwedische Filmregisseur *Ingmar Bergman*, international als einer der wichtigsten Filmschaffer des 20. Jahrhunderts anerkannt, stirbt im Alter von 89 Jahren.

### 31.7. Tod von Michelangelo Antonioni

In Italien stirbt, 94-jährig, der bedeutende Filmregisseur *Michelangelo Antonioni*. Wesentliche Werke: «Deserto rosso» und «Zabriskie Point».

### 31.7. Ende des Militäreinsatzes in Nordirland

Die britische Armee beendet nach 38 Jahren ihren Militäreinsatz in Nordirland. Die historische Wende ermöglicht hat die Einigung zwischen der politischen Führung der Protestanten und der Katholiken im Mai 2007.



*Martti Ahtisaari: Der Spitzendiplomat kapitulierte angesichts der Streitereien um Kosovo.*



Angehörige einer Miliz, die der Fatah-Partei die Treue hielten. Im Gazastreifen unterlag die Fatah der Hamas, damit wurde das Palästinensergebiet faktisch geteilt.

### Palästinenser: Bürgerkrieg in Gaza

Die islamistische Bewegung Hamas und die als gemässigt geltende Fatah lieferten sich im Gazastreifen Kämpfe, die im Zeitraum Juni/Juli in einen Bürgerkrieg ausarteten. Die Hamas eroberte dabei alle wichtigen Punkte im Gazastreifen, was den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, *Mahmud Abbas*, veranlasste, die Regierung von *Ismail Hanyia* abzusetzen und den Notstand zu verhängen. Zum Chef der Notstandsregierung ernannte er *Salam Fayyad*. Was bedeutete das alles? Das ohnehin schon zersplitterte Gebiet der Palästinenser wurde durch den internen Konflikt zusätzlich zerschnitten: ein Hamas-Gebiet im Gazastreifen mit etwa 1,4 Millionen Menschen, ein (noch) von der Fatah-Partei administriertes Westjordanland mit knapp 2 Millionen Einwohnern. Die Aussichten auf einen Mini-Palästinenserstaat wurden durch diese Teilung zusätzlich geschwächt. Dies sind die wichtigsten Kennzeichen der beiden Kräfte:  
FATAH: Wichtigste Gruppierung innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Chef ist *Mahmud Abbas*, gewählt als Nachfol-

ger des verstorbenen *Yassir Arafat*. Die Fatah baute die Palästinensische Autonomiebehörde auf und tritt für eine Verhandlungslösung mit Israel ein. Aber im Januar 2006 verlor die Fatah die Parlamentswahlen an die islamistische Hamas.

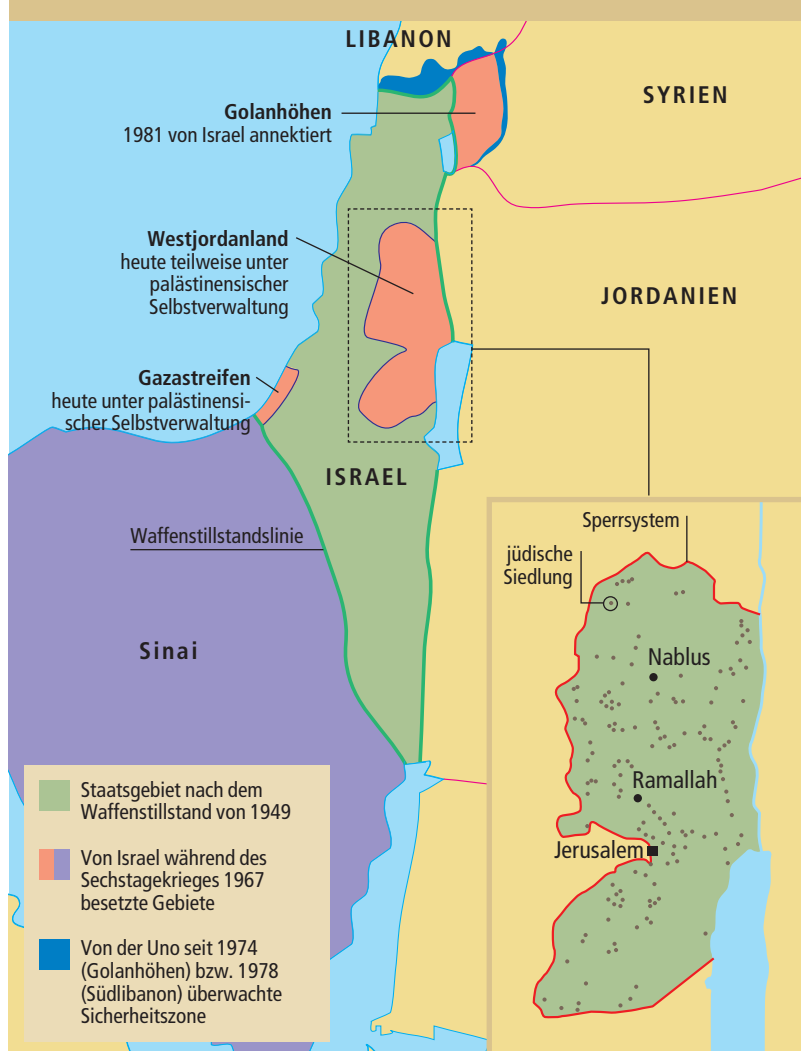
Die Fatah verfügte über nationale Sicherheitskräfte, Polizei-Einheiten und Milizen. Als Elite-Einheit galt die Präsidentengarde mit rund 4500 Mann. Die nationalen Sicherheitskräfte hatten einen Bestand von etwa 30 000 Mann, bei der Polizei dienten weitere 30 000. Als Miliz der Fatah galten die Al-Aqsa-Brigaden mit mehreren tausend Mitgliedern. Und schliesslich diente auch der allgemeine Geheimdienst dem Regime des Präsidenten – er hatte etwa 5000 Mitarbeiter.

HAMAS: Sie entstand 1987, beim Beginn der ersten palästinensischen Aufstandsbewegung (Intifada). Die Hamas beruft sich auf die Ideologie der ägyptischen Muslimbrüder (deren Organisation wurde 1928 gegründet) und setzt sich zum Ziel, in den Palästinensergebieten eine islamische Republik mit Shari'a als Gesetzesgrundlage zu etablieren. Die Hamas baute bis 2007 vor allem im Gazastreifen ein Netzwerk an

sozialen und religiösen Institutionen auf. Im Frühjahr 2007 bildete die Hamas, auf Druck der Regierung Saudi Arabiens, eine Einheitsregierung mit der Fatah. Doch Israel lehnte jegliche Gespräche mit dieser Regierung ab. Die Hamas unterhielt eine eigene Sondertruppe, bezeichnet als «Exekutiv-Einheit». Ihre Stärke wurde auf 6 000 Mann geschätzt. Eine weitere bewaffnete Truppe im Dienste der Hamas waren die «Izzedin-al-Qassam-Brigaden». Geschätzte Stärke: 15 000 Mann. Die Gewalt in den Palästinensergebieten veranlasste die Europäische Union, ihre Hilfsprojekte im Gazastreifen zu suspendieren. Die EU (auch die USA) hatten nach dem Wahlsieg der Hamas, im Januar 2006, eine Taktik erarbeitet, die besagte: Wir gewähren den Palästinensern weiterhin Hilfe, aber nur unter Umgehung der Hamas-Regierung. Die europäischen Zahlungen zugunsten der Palästinenser erreichten so im Jahr 2006 noch 84 Millionen Euro. Im ersten Halbjahr 2007 wurden 60 Millionen Euro für zahlreiche Hilfsoperationen in den Palästinensergebieten reserviert. Doch das war nur noch ein Bruchteil dessen, was die EU früher an Hilfe geleistet hatte: Im Jahr 2006 flossen noch rund 700 Millionen Euro aus den verschiedenen EU-Staaten an die Palästinenser. Bei den Spendern kritisierte man allerdings, dass viel Geld durch Misswirtschaft versickerte – die palästinensische Autonomiebehörde beschäftigte einen überdimensionierten Apparat von Beamten und Polizisten (total mehr als 300 000 Personen). Israels Regierung versuchte, der Fatah und Präsident *Abbas* trotzdem den Rücken zu stärken. Blockierte Steuergelder der Palästinenser sollten, endlich, freigegeben werden, kündigte Israels Premier *Olmert* an. Und etwa 250 Fatah-Palästinenser wurden im Juli aus israelischen Gefängnissen entlassen. Dies sollte Präsident *Abbas* stärken. Die israelischen Avancen führten allerdings auch dazu, dass die Gegenseite, also die Hamas-Anhänger, *Abbas* mehr und mehr als einen Lakaien Israels betrachteten. Und Hamas-Einheiten versuchten, ihr Image



## Der Staat Israel von 1949 bis heute



gegenüber dem Ausland aufzubessern: Sie befreiten am 4. Juli den seit vier Monaten in Gaza als Geisel festgehaltenen britischen BBC-Journalisten *Alan Johnston*.

Mit dem Ziel, die immer verwirrendere Situation im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu entspannen, unternahmen am 24. Juli die Aussenminister Ägyptens und Jordaniens eine Reise nach Jerusalem. Sie sprachen dort mit Staatspräsident *Shimon Peres*, mit Premier *Ehud Olmert*, mit Aussenministerin *Tzipi Livni* und mit dem Oppositionsführer, *Benjamin Netanyahu*. Sie versuchten, die israelischen Politiker von der Bedeutung des Friedensvorschlages der Arabischen Liga zu überzeugen. Er beinhaltet: Israel zieht sich auf die Grenzen von 1967 zurück (räumt also das Westjordanland, Teile Jerusalems, die Golanhöhen und den Gazastreifen), und im Gegenzug anerkennen die arabischen Regierungen den Staat Israel und schliessen Frieden. Der arabische Plan, von der Arabischen Liga schon vor mehreren Jahren formuliert und im Frühjahr 2007 noch einmal bekräftigt, sei interessant, sagten die Israeli lediglich. Und gaben zu erkennen, dass sie ihn als nicht akzeptabel betrachteten.

*Israels Premier Olmert, Palästinenserpräsident Abbas.*

Versuch einer Einigung zwischen den zerstrittenen Palästinensergruppen: Seiten 58, 59.



*Bulgarische Krankenschwestern, palästinensischer Arzt: neun Jahre lang Gefangene des libyschen Regimes.*

### **Libyen: Aids-Skandal-Prozess zu Ende**

Neun Jahre lang hielt Libyen fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt in Gefängnissen – oder unter Hausarrest – fest, und all diese Zeit drohte den sechs Menschen der Tod – denn ein Gericht hatte sie verurteilt, weil sie in einem Spital von Benghazi angeblich absichtlich Kinder mit dem Aids-Virus kontaminiert hatten. Am 17. Juli wurden die Todesurteile endlich aufgehoben, nachdem die Europäische Union, Bulgarien und weitere Spender über 400 Millionen Dollar nach Libyen überwiesen hatten. Formell «entschädigte» dann Libyen die Familienangehörigen jener 426 Kinder, die durch das HI-Virus kontaminiert worden oder die (das bezog sich auf 56 Kinder) bereits gestorben waren.

Am 24. Juli konnten die fünf Bulgarinnen und der Palästinenser nach Sofia zurückreisen, nach

weiteren hektischen diplomatischen Bemühungen von Seiten der EU (und auch von halbprivater Seite: Die Ehefrau des französischen Präsidenten, *Cécilia Sarkozy*, kam ebenfalls nach Libyen, um *Ghaddafi* zu beeinflussen). In Sofia wurden die Krankenschwestern und der Arzt vom bulgarischen Präsidenten, *Georgi Parwanow*, sogleich freigelassen. Dies wiederum nahm die libysche Führung zum Anlass, um Bulgarien wegen eines «Bruchs des Rechts» anzuklagen.

Internationale Experten hatten schon vor langem nachgewiesen, dass sich das HI-Virus im Spital von Benghazi vor dem Einsatz der Bulgarinnen und des Palästinensers ausgebreitet hatte, aufgrund skandalöser hygienischer Zustände. Doch das Regime von *Muammar al-Ghaddafi* suchte, im Jahr 1999, ausländische Sündenböcke. Es liess die Bulgarinnen und den Palästinenser mit Elektroschocks foltern und

*Endlich: Rückkehr nach Sofia und Freiheit.*



erzwang sich so Geständnisse. In den ersten Wochen der Gefangenschaft verbot man den Verhafteten jeden Kontakt zur Aussenwelt. In den Gefängniszellen gab es keine Elektrizität und kein Wasser, schlafen mussten sie auf nackten Zementböden. Dann folgten die Todesurteile (die mehrfach, von verschiedenen Gerichten Libyens, bestätigt wurden) – aber wenigstens verbrachte man dann die Verurteilten aus den Gefängnissen in Hausgefangenschaft. In Bulgarien und anderen europäischen Ländern ging man davon aus, *Ghaddafi* wolle sich und seinem Regime, auch seiner Justiz, eine Blamage ersparen und deshalb wolle der Revolutionsführer nicht vom Recht einer Begnadigung Gebrauch machen. Um Libyen einen drohenden «Gesichtsverlust» zu ersparen, half die Europäische Union (ab 2005) dem Land innerhalb eines Aktionsplans im Kampf gegen HIV respektive Aids. Libysche Ärzte erhielten die Möglichkeit zu Aus- und Weiterbildungen in Europa, und Frankreich sowie Italien halfen bei der Renovation des Spitals in Benghazi. *Ghaddafi* unternahm gleichzeitig politische Manöver in verschiedene Richtungen. Seit 1999 suchte er auch nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen zum Westen. Die «Kehrtwende» begann mit der Auslieferung von zwei Libyern, die als Schuldige für den Bombenanschlag auf ein PanAm-Flugzeug galten, das 1988 über der schottischen Ortschaft Lockerbie abstürzte (270 Tote). 2003 entschädigte *Ghaddafi* die Hinterbliebenen der Lockerbie-Opfer und gab bekannt, Libyen gebe die Produktion von Massenvernichtungswaffen auf. Europäische Staats- oder Regierungschefs empfing *Ghaddafi* bald danach in seinem Prestige-Zelt in Tripolis. Und gleichzeitig schlossen europäische Wirtschaftsdelegationen Verträge zur Modernisierung der Infrastruktur Libyens ab.

## Libyen

Fläche 759 540 km<sup>2</sup>, rund 5,6 Millionen Einwohner, 88 Prozent leben in Städten. Libyen entstand 1951 als unabhängiger Staat. Zunächst eine Monarchie, dann, durch den Sturz von König *Mohammed Idris I.* unter Führung des damals erst 27-jährigen Offiziers *Muammar al-Ghaddafi*, eine Volksrepublik. 1973 formulierte *Ghaddafi* seine Ideologie in einem «Grünen Buch». Libyen sollte somit direkt-demokratisch organisiert werden. Basisvolkskonferenzen bildeten seither als Legislativ- und Volkskomitees, auch als Exekutivorgane, die wichtigsten Elemente des Staates. *Ghaddafi* gab seiner politischen Schöpfung den Namen «Jamahiriya», in Anlehnung ans arabische «jumhuriya» (Republik) und «jama'a» (Gemeinschaft, Volk). Die wesentlichen Entscheide wurden jedoch immer

Doch es gab auch damals schon Widersprüchliches: Libyen forderte zunächst noch, als Preis für eine Freilassung der fünf Krankenschwestern und des Palästinenserarztes, für jedes der 426 erkrankten Kinder zehn Millionen Dollar. Genau gleich viel, also je zehn Millionen Dollar, hatte Libyen an die Hinterbliebenen des Lockerbie-Absturzes bezahlt. Scheinbar überliessen *Ghaddafi* und die Richter die Entscheidung, ob man die Verurteilten erschiessen solle oder nicht, den Angehörigen der erkrankten Kinder. In einem langwierigen Verfahren zeigten die Angehörigen sich bereit, auf die Vollstreckung der Todesurteile zu verzichten, sofern für jedes erkrankte Kind eine Million Dollar bezahlt würde. *Ghaddafi* schaltete dann seinen Sohn, *Seif al-Islam al-Ghaddafi*, mit dessen «humanitärer» Stiftung in die Verhandlungen ein. Bulgarien andererseits konnte aufgrund der inzwischen realisierten Mitgliedschaft in der EU (seit Anfang 2007) auf Solidarität zählen. So wurden die fünf Bulgarinnen und der Palästinenser schliesslich «begnadigt», d. h. zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Aufgrund eines seit Jahren bestehenden Abkommens mit Bulgarien kam dann, wie erwähnt, am 24. 7. die Rückführung nach Sofia zustande.



Terrorakt vom 21. 12. 88: «Weltrundschau 1988», Seiten 210, 211.

Die Verwirrungs-Politik um die von Libyen verbreiteten Informationen erreichte im August einen neuen Höhepunkt: Jetzt bestätigte der Sohn des Revolutionsführers, *Seif al-Islam al-Ghaddafi*, in «Le Monde» und dann auch auf dem arabischen TV-Sender al-Dschazira, dass die Krankenschwestern und der palästinensische Arzt durch Folter zu ihren «Geständnissen» gezwungen worden seien.

Links Zorka Parwanowa und der bulgarische Präsident, Georgi Parwanov. Rechts neben ihm Cécilia Sarkozy – auch sie flog bei der Rückkehr der Krankenschwestern aus Libyen nach Sofia.

von *Ghaddafi* oder dessen Getreuen gefällt. Aussenpolitisch verfolgte *Ghaddafi* die «arabische Einheit» und den «Kampf gegen Israel». In den siebziger Jahren Einmischung im benachbarten Tschad.

Die USA bezeichnete er als «Weltfeind ersten Ranges». Als Reaktion auf Terroranschläge bombardierte die US-Luftwaffe 1986 Ziele in Benghazi und Tripolis. 1988: das erwähnte von Libyen ausgehende Attentat auf ein PanAm-Passagierflugzeug, ausserdem wieder Attentate in Westeuropa. Auch Frankreich bedrohte er mit Terror (Anschlag auf ein UTA-Passagierflugzeug, 1989). Die UNO verhängte 1992 Sanktionen gegen Libyen. Neuorientierung ab 1999.

Wirtschaft: Früher ein armer Wüstenstaat, aber Ende der fünfziger Jahre Entdeckung von reichen Erdölressourcen. Einnahmen aus dem Export von Erdöl im Jahr 2005 rund 30 Milliarden Dollar.

Beginn des Lockerbie-Prozesses: «Weltrundschau 2000», Seiten 86, 87; Libyen nach dem Lockerbie-Urteil: «Weltrundschau 2001», Seiten 40, 41.

Ghaddafi sucht Versöhnung mit dem Westen: «Weltrundschau 2003», Seiten 72, 73.



Wahlkampf in Istanbul, Plakat für Recep Tayyip Erdogan: Für die Türkei, keinen Stopp, die Reise geht weiter!

### Türkei: Erdogans Triumph

Wegen Differenzen mit den «klassischen» Atatürk-Ideologen und mit dem Militär (vergl. Seiten 72, 73) musste der türkische Premier, *Tayyip Erdogan*, Neuwahlen des Parlaments ansetzen. Sie fanden am 22. Juli statt und brachten der Partei *Erdogans*, der AKP, einen Triumph-Sieg. Die islamistisch-konservative AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) errang im 550 Sitze umfassenden Parlament 340 Manda-

te, also die absolute Mehrheit. Stimmenanteil: rund 47 Prozent. Die säkular-kemalistische (sich auf *Kemal Atatürk* beziehende) CHP, Republikanische Volkspartei, kam auf lediglich 112 Sitze (20 Stimmenprozente), und die rechtsnationale MHP (Partei der Nationalen Bewegung), oft auch als rechtsextrem bezeichnet eroberte 71 Mandate. Gewählt wurden ausserdem 20 Vertreter der Interessen der Kurden. Insgesamt kandidierten 14 Parteien und 700 unabhängige Bewerber.

Die AKP, erst vor fünf Jahren von *Erdogan* gegründet, konnte vor allem junge Wähler und Wählerinnen ansprechen. Etwa ein Drittel der Wählerschaft in der Türkei ist jünger als 28 Jahre. Vier Millionen Wahlberechtigte gingen zum ersten Mal an die Urne, und man konnte davon ausgehen, dass die Mehrheit von ihnen sich für die AKP und damit für die Fortsetzung der Politik der «gemässigten» Islamisten aussprach.

Die Führung der AKP hatte nach ihrem ersten Wahlsieg, im Jahr 2002, beweisen wollen, dass Islam und Demokratie miteinander vereinbar seien. Die AKP erwies sich, unter Führung *Erdogans*, einerseits als fortschrittlich, andererseits auch als Interessensvertreterin der gläubigen Muslime. Die im Parlament dominierende AKP setzte zahlreiche Reformen durch: Sie sorgte dafür, dass die Todesstrafe abgeschafft wurde; sie verabschiedete ein neues, liberaleres Strafgesetzbuch; sie bahnte den Weg für Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union und für die Normalisierung der Beziehungen mit Griechenland und Syrien. Den Kurden versprach die Partei mehr Autonomie, scheiterte damit aber beim Versuch einer Einigung mit der radikal-kurdischen PKK. Schwierig blieb die innertürkische Diskussion um die historische Schuld des Landes gegenüber den Armeniern – die Führung der Türkei weigerte sich nach wie vor, den gegenüber den Armeniern 1917 begangenen Völkermord anzuerkennen. Das führte zu Spannungen u. a. mit Frankreich, dessen Parlament das Leugnen des Völkermords unter Strafe gestellt hatte.

Erleichtert wurde *Erdogans* Bestreben, die Türkei an Europa heranzuführen, andererseits durch das beeindruckende Wirtschaftswachstum. Es betrug seit mehreren Jahren um sechs Prozent, und das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei stieg zwischen 2003 und 2007 von



Anhängerinnen der Partei *Erdogans*: glücklich über den Erfolg.

3400 auf 5000 Dollar. Dennoch äusserten die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande und Österreichs immer wieder Vorbehalte gegenüber einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU. Die Verhandlungen liefen dennoch weiter, wurden aber in einigen Sachbereichen ausgesetzt.

Der Erfolg der AKP war auch der Protest einer breiten Schicht der Türcinnen und Türken gegen das Militär. Der Generalstab, repräsentiert vor allem durch Generalstabschef *Yasar Büyükanit*, hatte am 27. April mit einem Putsch für den Fall gedroht, dass es *Erdogan* gelänge, seinen Aussenminister, *Abdullah Gül*, zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. General *Büyükanit* äusserte damals die Befürchtung, die Regierung von Premier *Erdogan* verfolge eine heimliche islamische Agenda, d. h., sie wolle die Türkei längerfristig zu einem islamischen Staat machen. Das stände im Widerspruch zu den Idealen des Begründers der modernen Türkei, *Kemal Atatürk*, erklärte er. Misstrauisch äusserte sich der General auch hinsichtlich der angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Vieles von dem, was der Generalstab sagte, schien einer Mehrheit von Türcinnen und Türken zwar einzuleuchten, aber grösser als das Verständnis für solche Bedenken war die Angst in der Bevölkerung, das Militär könnte sich, einmal mehr, durch einen Putsch in die Politik einmischen. Der Wahlsieg der AKP am 22. Juli konnte somit auch als Protest gegen die politischen Ambitionen der Generäle verstanden werden.

Die Europäische Union gratulierte Premier *Erdogan* zum Wahlerfolg, forderte ihn aber gleichzeitig auf, den Reformprozess mit Entschiedenheit weiterzuführen. Die EU forderte vor allem Änderungen beim Strafrecht, denn noch immer wurden Äusserungen kritischen Inhalts, bezogen auf die Geschichte (Armenier und Kurden), im Paragraphen 301 als «Beleidigung des Türkentums» sanktioniert. Deshalb kam u. a. der Literaturnobelpreisträger *Orhan Pamuk* mit dem Gesetz in Konflikt.

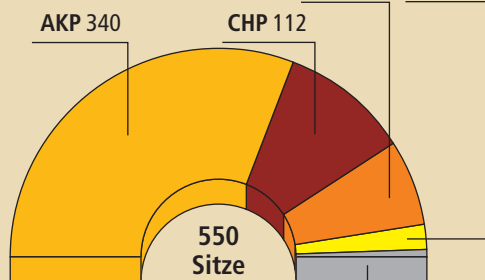
Zerissprobe wegen der Frage der Nachfolge für den Staatspräsidenten: Seiten 72, 73.

Hintergrundbeitrag über die Türkei und die Europäische Union: «Weltrundschau 2004», Seiten 210 bis 221.

### Sitzverteilung im neuen türkischen Parlament

Wahlbeteiligung: 80 Prozent

MHP 71 DTP 23



- AKP: Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (islamisch-konservativ)
- CHP: Republikanische Volkspartei (säkular-kemalistisch)
- MHP: Partei der Nationalen Bewegung (rechts-national)
- DTP: Partei für eine Demokratische Gesellschaft (kurdisch)

## Wende im Atomstreit mit Nordkorea?

Eine unerwartet positive Wende zeichnete sich am 14. Juli im Streit um die Atomstrategie Nordkoreas ab: Das Regime in Pjöngjang gab bekannt, es werde seinen Atomreaktor in Yongbyon (in dem Uran angereichert wurde, u. a. mit der Absicht, Atombomben zu produzieren) stufenweise abschalten. Wenige Stunden zuvor hatte Nordkorea aus Südkorea eine erste Lieferung von Rohöl erhalten, im Rahmen einer Vereinbarung mit einer Gruppe von fünf Regierungen (USA, China, Südkorea, Japan und Russland). Bei diesen Gesprächen hatte man sich auf eine erste Lieferung von 50 000 Tonnen Öl und weitere Lieferungen von etwa einer Million Tonnen geeinigt, unter der Voraussetzung, dass Nordkorea den Yongbyon-Reaktor vollständig abschalte. Am 14. Juli wurde auch bekanntgegeben, es werde direkte Verhandlungen zwischen Nordkorea und den USA (deren Führung sich immer gegen Direktkontakte ausgesprochen hatte und jetzt eine Kehrtwende machte) geben. Ebenfalls nachgegeben hatten die USA hinsichtlich der Freigabe von nordkoreanischen Bankkonten auf Banken in Macao in der Höhe von 25 Millionen Dollar. Die US-Regierung hatte 2002 diese Guthaben blockie-

ren lassen mit der Begründung, da sei illegal Geld «gewaschen» worden.

Ebenfalls noch am 14. Juli trafen, zur Überwachung der Abschaltung des Reaktors, zehn Inspektoren der UNO-Atomenergie-Behörde (IAEA) in Pjöngjang ein. Sie wollten innerhalb von zwei Folgewochen Kameras und andere Einrichtungen zur Überwachung der Reaktoranlagen installieren.

Die französische Zeitung «Le Monde» kommentierte all das so: Man sei jetzt zwar wieder im Gespräch und befinde sich im Streit um das Atomprogramm Nordkoreas etwa am gleichen Punkt wie im Jahr 2001 – auch damals habe man das Regime von *Kim Jong-il* durch Öllieferungen und andere Wirtschaftshilfe dazu bringen wollen, sein atomares Programm aufzugeben. Dann aber seien die USA zur Beurteilung gekommen, Nordkorea betreibe heimlich ein Programm zur Produktion von Atombomben, und die US-Regierung habe alle Kontakte mit Nordkorea eingefroren. Die Europäer hätten mitgespielt, was nicht klug gewesen sei. Danach habe Nordkorea, isoliert und unter Druck, sein Atomprogramm tatsächlich so weit weiterentwickelt, dass es schliesslich über eine oder mehrere Atombomben verfüge. Somit sei man jetzt zwar wieder am gleichen Punkt für Ver-

*Satellitenbild der Reaktoranlage von Yongbyon in Nordkorea. Das Regime liess den Reaktor zwar abschalten, aber unklar blieb, ob Nordkorea das gesamte Atombomben-Programm aufgeben wollte.*



handlungen wie im Jahr 2001, mit dem entscheidenden Unterschied aber, dass das unbe-rechenbare nordkoreanische Regime jetzt tat-sächlich zur Atommacht geworden sei.

Wie ernst man Nordkorea als Atommacht nehmen müsse, dazu gingen die Meinungen der Experten auseinander. Am 9. Oktober 2006 wurde in Nordkorea zwar offenkundig eine atomare Explosion ausgelöst, aber ob es sich um eine gegen andere Staaten einsatzfähige Bombe handelte, blieb umstritten. Man ging davon aus, dass an jenem Tag ein Sprengkörper mit einer Kraft von 550 TNT unterirdisch ge-zündet wurde.

Nordkorea hatte schon in den sechziger Jahren ein nukleares Programm in Angriff genommen. Mit sowjetischer Hilfe baute das kommunisti-sche Regime damals ein Atomforschungszen-trum in Yongbyon, etwa 100 Kilometer nörd-lich der Hauptstadt Pjöngjang.

Mit sowjetischer Hilfe entstand in den siebziger Jahren in Yongbyon ein zweiter Atomreaktor. Er wurde 1987 in Betrieb genommen. Später reduzierte die Sowjetunion ihre technologische Hilfe an Nordkorea und setzte durch, dass das Regime sich zur Zusammenarbeit mit der Inter-nationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bereit fand. Nordkorea liess die Inspektoren der IAEA zeitweise ins Land, beendete die Zusammenar-beit aber im Jahr 2002.

Als der damalige Diktator Nordkoreas, *Kim Il-sung* (Vater von *Kim Jong-il*), keine technologi-sche Hilfe aus der Sowjetunion mehr bekam, sprang der Pakistaner *A. Q. Khan*, bekannt als Pionier der pakistanischen Atombombe, in die

Bresche. Er versorgte Nordkorea mit dem für die Weiterentwicklung der Bombe notwendigen Know-how. Nordkorea bezahlte mit Raketen, die es an Pakistan lieferte.

1994, im Jahr des Todes von *Kim Il-sung* und des Amtsantritts seines Sohns, *Kim Jong-il*, eskalierte der Streit um das Atomprogramm. Nordkoreanische Experten entfernten Brenn-stäbe aus dem Reaktor Yongbyon, aber danach verpflichtete sich Nordkorea im sogenannten Rahmenabkommen mit den USA, sein Atom-programm einzufrieren. Im Gegenzug versprach die US-Führung die Lieferung von Leichtwasser-reaktoren (aus denen kein Material für die Pro-duktion von Atomwaffen gewonnen werden kann). Diese Leichtwasserreaktoren wurden al-lerdings nie geliefert, weil die USA Zweifel an der Redlichkeit des nordkoreanischen Regimes hatten.

Im Jahr 2002 gab Nordkorea bekannt, es arbeite an einem Atomwaffenprogramm, und im Januar 2003 kündigte Nordkorea einseitig den Atom-waffensperrvertrag.

Die internationale Gemeinschaft versuchte, das Regime in Nordkorea durch Sanktionen zur Räson zu bringen (UNO-Resolution vom 14. 10. 2006), aber all das zeitigte keinen Erfolg.

War man jetzt, im Juli 2007, an der Schwelle zu einer erfolgreicherer Politik? Ganz sicher waren sich die Diplomaten nicht. Erste Ver-handlungen im Rahmen einer Sechs-Nationen-Runde in Peking endeten am 19. Juli ohne konkrete Resultate. Aber sowohl der Delegierte Südkoreas als auch jener der USA äusserten sich optimistisch.

Gipfeltreffen  
Nord- Südkorea  
Seiten 160, 161

Atombomben-  
poker – Tödliche Gefahr  
für die Welt?  
«Weltrundschau 2005»,  
Seiten 210 bis 221.

Nordkorea zündet  
Atombombe:  
«Weltrundschau 2006»,  
Seiten 168, 169.

## Nordkoreas Atomanlagen





Teil einer Ölförderanlage in Venezuela: Tagesförderung von 4 Millionen Fass.

#### Venezuela: Erdölmacht-Politik

Venezuelas Präsident, *Hugo Chávez*, setzte sich in zwei wesentlichen Punkten durch: Im Juli leitete er eine Verfassungsänderung ein, die ihm das Regieren bis zum Jahr 2021 ermöglichen sollte, und zuvor, im Juni, ging er gegen die internationalen Erdölkonzerne vor – er verstaatlichte den Erdölsektor und bot den privaten Unternehmen neue Verträge unter härteren Bedingungen als früher an. Sieben von elf Konzernen akzeptierten die Bedingungen der Regierung (unter ihnen als bedeutendste BP, Chevron, Total und Statoil), vier lehnten ab. Betroffen von der Neuordnung (gegen die bürgerliche Oppositionskräfte vehement protestierten) war die Erdölförderung im Orinoco-Gebiet. Venezuela förderte im Jahr 2007 durchschnittlich etwa vier Millionen Fass (ein Fass = 159 Liter) Öl pro Tag und war, weltweit, der fünft-grösste Ölproduzent. Die Erdölreserven Venezuelas wurden auf etwa 80 Milliarden Fass geschätzt. Rund 2,5 Millionen Fass pro Tag werden exportiert, davon etwa die Hälfte in die USA. Auch raffinierte Produkte exportierte Venezuela (im Umfang von rund 800 000 Fass pro Tag). Der Eigenbedarf betrug etwa 600 000 Fass pro Tag.

Die Förderung von Erdgas erreichte etwa 34 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Davon verbrauchte das Land selbst (Bevölkerung etwa 26 Millionen) rund 60 Prozent.

Die grossen Einnahmen aus dem Export von Erdöl und Erdölprodukten setzte *Chávez* für Sozial- und Bildungsprogramme für die nach

wie vor mehrheitlich arme Bevölkerung ein. Die Mittel- und Oberschicht beharrte darauf, dass dies alles erstens nicht ehrlich und nicht effizient sei und dass *Chávez* den Reichtum des Landes für seine eigenen politischen Zwecke missbrauche. Dem hielten die Anhänger *Chávez* entgegen, der Präsident unternehme auf jeden Fall mehr für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Benachteiligten als alle bürgerlichen Staatschefs vor ihm.

Aufgrund dieser für ihn mehrheitlich günstigen Stimmung in der Bevölkerung bereitete *Chávez* im Juli das Land auf eine Verfassungsänderung vor. Sie sollte ihm seine Wiederwahl ins Präsidentenamt auf unbegrenzte Zeit sichern. Einen entsprechenden Reformvorschlag werde er demnächst der Nationalversammlung, also dem Parlament, unterbreiten, sagte er. Bisher hatte die Verfassung nur eine einmalige Wiederwahl für eine zweite Amtszeit vorgesehen. Aufgrund dieser Bestimmung wurde *Chávez* im Jahr 2006 bis zum Jahr 2013 im Amt bestätigt. So lange er regieren werde, so lange werde er sich dafür einsetzen, dass in Venezuela ein «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» verankert und weiter entwickelt werde, verkündete er. Damit stiess er nun allerdings nicht nur bei der bürgerlichen Opposition, sondern teilweise auch in den Reihen der eigenen Partei (deren Abgeordnete im Parlament die überwiegende Mehrheit der Mandate innehatte) auf Kritik. Und mehrheitlich kritisch reagierten die Venezolaner auch auf Eingriffe des Präsidenten in die Medienwelt (*Chávez* verweigerte dem privaten TV-Sender RCTV die Erneuerung der Konzession).

Lateinamerika-Tour  
von Hugo Chávez:  
Seiten 52, 53.  
Wiederwahl im  
Jahr 2006:  
«Weltrundschau 2006»,  
Seite 196.

## Boeing 787: Flugzeug der Zukunft?

Im Flugzeugbau begann eine vielversprechende neue Entwicklung: Nachdem der europäische Airbus-Konzern seine Baupläne für das Modell A350 konkretisiert hatte (Seite 44), stellte nun, am 9. Juli, der amerikanische Flugzeugkonstrukteur Boeing in Seattle sein als zukunftsweisend beschriebenes Modell, die Boeing 787, vor. Die Maschine werde 20 Prozent weniger Treibstoff verbrauchen als die Modelle der Konkurrenz, erklärte die Konzernleitung. Und die Passagiere würden neue Komfortstandards kennenlernen. Die Fenster werden grösser als bei anderen Flugzeugtypen, die Temperatur und die Feuchtigkeit in der Kabine sollen angenehmer werden. Sensoren sollen dafür sorgen, dass der Flug bei Turbulenzen weniger unruhig wird. Etwa 50 Prozent der Bauteile für die Boeing 787 werden aus Kohlefaser-Verbundstoffen (Carbon) bestehen, 20 Prozent aus Aluminium, 15 Prozent aus Titan und 10 Prozent aus Stahl. So kann substantiell an Gewicht gespart werden. Zum Vergleich: Noch die Boeing 777 hatte einen Carbon-Anteil von nur 12 Prozent. Aber auch neue Triebwerke von Rolls Royce oder General Electric helfen, den Treibstoffverbrauch zu reduzieren.

Einsparungen von 30 Prozent garantierte Boeing bei der Präsentation der ersten Boeing 787 «Dreamliner» beim Unterhalt. Das Flugzeug besteht aus weniger Einzelteilen als andere Modelle, und regelmässige Inspektionen wegen Rost und Rissen sollen entfallen.

Boeing konzipierte den «Dreamliner» sowohl für Langstrecken bis zu 15 750 Kilometern als auch für Kurzstrecken bis rund 5500 Kilometer. Die Langstreckenversion kann zwischen 210 und 290 Passagiere befördern, die Kurzstreckenversion 260.

Neu für Boeing ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen in anderen Ländern auf anderen Kontinenten. Teile der Flugzeuge werden in Japan gebaut (durch die Unternehmen Kawasaki, Mitsubishi und Fuji), andere in Europa (durch Alenia). Sind die Einzelteile in den Werkhallen von Everett bei Seattle angekommen, soll aus ihnen, so erklärte die Konzernleitung, innerhalb von drei Tagen ein Flugzeug montiert werden.

Noch vor der Präsentation des ersten Flugzeugs am 9. Juli hatte Boeing bereits 677 Bestellungen von 47 Fluggesellschaften erhalten. Der erste «Dreamliner» soll 2008 an die japanische Air Nippon geliefert werden.

Airbus-Krise:  
Seite 44 und  
«Weltrundschau 2006»,  
Seite 117.

*Erste Präsentation der Boeing 787 «Dreamliner» in Everett bei Seattle, US-Bundesstaat Washington.*



## Ingmar Bergman

Bei den Filmfestspielen in Cannes im Jahr 1997 wurde Ingmar Bergman von seinen Kollegen als «bester Filmregisseur aller Zeiten» geehrt. Dreimal gewann er einen Oscar. Am 31. Juli 2007 bestätigten Filmemacher und -kritiker dieses Urteil – an diesem Tag starb der Schwede *Ingmar Bergman* im Alter von 89 Jahren.

*Bergmans* filmisches Schaffen prägte eine ganze Epoche – es begann 1955 mit «Das Lächeln einer Sommernacht» (1956 wurde der Film in Cannes ausgezeichnet), setzte sich fort mit «Das siebente Siegel» (1957), erreichte neue, tiefgründige Höhepunkte in «Wie in einem Spiegel» (1961), in «Das Schweigen» (1962), in «Szenen einer Ehe» (1973) und in «Jungfrauenquelle» (1960) – dieser Film erhielt bei der Oscar-Verleihung den Preis als «bester» ausländischer Film. «Herbstsonate» folgte 1978 und «Fanny und Alexander» 1982. *Bergman* inszenierte aber auch noch später Filme, u. a. «Sarabande» (2003).

Die wichtigsten seiner Werke sind geprägt von der Mythologie, von der Sinnsuche, der Suche nach Gott und der Psyche der Charaktere, vor allem jener der Frauen.

Und nicht nur die Filmkunst prägte er, sondern

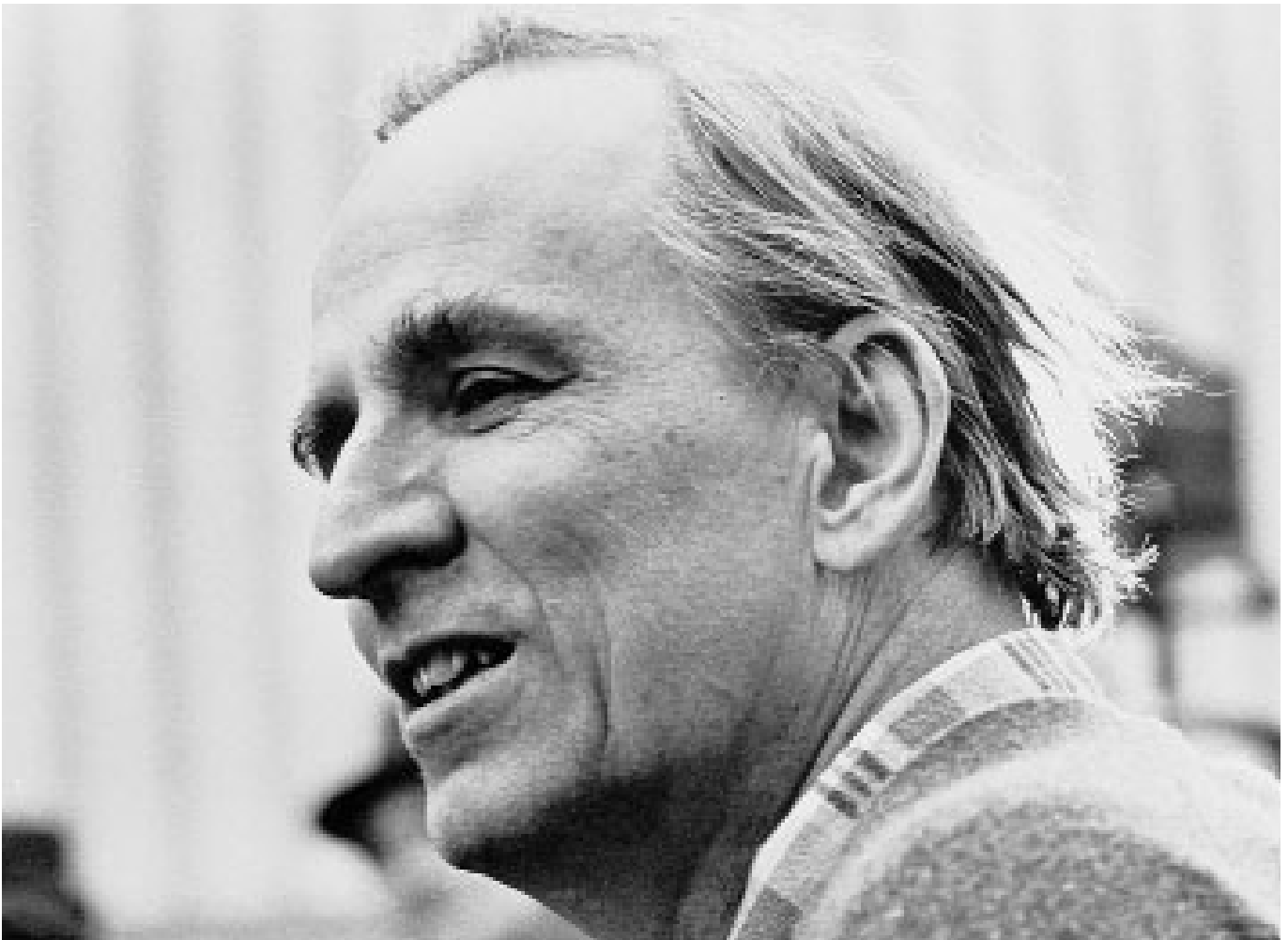
auch, während Jahrzehnten, das schwedische Theater.

*Ingmar Bergman* wurde am 14. Juli 1918 in Uppsala als Kind eines lutherischen Pastors geboren. Er wurde streng erzogen und schon bei kleinen Verfehlungen von seinem Vater hart bestraft. Mit 19 Jahren verließ er sein Elternhaus und begann ein Studium der Literaturgeschichte, dann wurde er Regieassistent am Theater. Von 1944 bis 1946 leitete er, als jüngster professioneller Intendant, das Stadttheater von Helsingborg, dann war er, bis 1949, Regisseur am Theater von Göteborg, danach in Malmö, und ab 1963 (bis 1966) leitete er das international renommierte Königliche Dramatische Theater in Stockholm.

1976 folgte eine mehrjährige Emigration – *Ingmar Bergman* wurde, während Proben zu *August Strindbergs* «Totentanz» am Königlichen Theater in Stockholm, wegen angeblicher Steuerhinterziehung verhaftet. Zu Unrecht, wie sich herausstellen sollte – aber nach der Freilassung zog er nach München und arbeitete dort am Residenztheater. 1985 kehrte er ans «Dramaten» in Stockholm zurück, 1995 verabschiedete er sich vom Theater.

*Bergman* war fünfmal verheiratet und Vater von neun Kindern. Von 1965 bis 1970 lebte er mit der Schauspielerin *Liv Ullmann* zusammen.

*Ingmar Bergman,  
Aufnahme aus dem  
Jahr 1980.*



## Michelangelo Antonioni

Als einen Tag nach *Ingmar Bergman* auch der italienische Filmregisseur *Michelangelo Antonioni* (94-jährig) starb, schrieb ein Kritiker in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung», mit dem Tod der beiden Regisseure sei «die klassische Moderne im Kino endgültig zu ihrem Ende gekommen».

*Antonioni* drehte dreizehn Spielfilme, deren erste man zunächst als avantgardistisch bezeichnete – und von denen später viele zu Klassikern wurden. Der erste Film von *Michelangelo Antonioni* war 1950 «Cronaca di un amore». Als Hauptwerke gelten «L'avventura» (1960), «La notte» (1961), «L'eclisse» (1962), «Il deserto rosso» (1964), «Blow up» im Jahr 1966, «Zabriskie Point» (1970) und «Professione reporter» (1975). Letzter Film war, 2004, «Eros», im italienischen Originaltitel «Il filo pericoloso delle cose».

*Michelangelo Antonioni* wurde am 29. September 1912 in Ferrara geboren. Sein Vater war Gutsbesitzer. *Antonioni* studierte Ökonomie und verfasste Filmkritiken für eine Zeitung in Padua. 1939 ging er nach Rom, um, wie er sagte, «sein Leben dem Film zu widmen». Erste Entwürfe für Drehbücher entstanden damals in der Filmstadt Cinecittà. Dort traf er auch Künst-

ler, mit denen er später zusammenarbeiten sollte, darunter *Roberto Rossellini*. Ins Fadenkreuz der Kritik geriet er während einiger Jahre, weil er u. a. auch für eine Publikation Beiträge lieferte, die unter der Schirmherrschaft der faschistischen Diktatur stand.

Einige seiner frühen Filme werden mit dem italienischen Neorealismus assoziiert. Er beschäftigte sich mit der Nachkriegsgesellschaft Italiens, mit menschlicher Isolation, auch mit dem Ausbruch Einzelner aus den gesellschaftlichen Konventionen. Unkonventionell war auch sein eigener Filmstil. «Zabriskie Point» zum Beispiel endet mit einer sieben Minuten dauernden Explosions-Sinfonie zur Musik von Pink Floyd. Den Film «L'eclisse» liess er enden, indem die Hauptdarsteller, *Alain Delon* und *Monica Vitti*, zum verabredeten Rendezvous nicht erschienen – stattdessen zeigte *Antonioni* in wiederum sieben Minuten Länge den leeren Treffpunkt und stellte dar, wie Zeit ereignislos verstreichen kann. Stille faszinierte ihn immer wieder. Als er einmal in Florenz eine Sonnenfinsternis erlebte, schrieb er: «Stille, verschieden von allen anderen Stillen. Fahles Licht, verschieden von allen anderen Lichtern. Und dann Dunkelheit. Totale Stille. Alles, was ich zu denken vermag, ist, dass während einer Sonnenfinsternis wahrscheinlich sogar unsere Gefühle zum Stillstand kommen.»



*Michelangelo Antonioni, Bild aus dem Jahr 2006.*

*Szenenfoto aus dem Film «L'avventura». Links Gabriele Ferzetti, rechts Lea Massari.*





*Joanne K. Rowling:  
Als sie mit dem Schreiben begann, war sie bitterarm – jetzt übertraf ihr Einkommen jenes der grössten Stars, ja sogar jenes der Königin.*

### «Harry Potter» – ein globales Phänomen

Die Buchserie «Harry Potter» der schottischen Autorin *Joanne K. Rowling* erwies sich als ein globales Kulturphänomen: 325 Millionen Exemplare waren weltweit von den bisher erschienenen sechs Büchern bereits verkauft, und jetzt, am 20. Juli, kam der siebente (und angeblich letzte) Band auf den Markt. Hunderttausende Jugendliche belagerten nacheinander in europäischen Ländern und in den USA jene Buchhandlungen, in denen die ersten Exemplare von «Harry Potter and the Deathly Hallows» Premiere haben sollten. Vergeblich waren die Versuche der Autorin und des Verlags, den Inhalt des Buchs bis zum Beginn des Verkaufs geheim zu halten – einen Tag vorher gab es schon Rezensionen und Inhaltsschilderungen. Und in Internetaustauschbörsen tauchten noch vor der Premiere Raubkopien auf, die hunderttausendfach heruntergeladen wurden. Autorin *Rowling* protestierte, aber erfolglos – solche Methoden widersprachen «dem Wunsch von Millionen Lesern, besonders von Kindern, die Harrys Ende selbst erfahren wollten», sagte sie.

*Joanne K. Rowling* stammte aus Edinburgh, Schottland. Sie liess sich erst zur Lehrerin für französische Sprache ausbilden, danach aber lebte sie in Armut als alleinerziehende Mutter. Sie war für einige Zeit mit einem Portugiesen verheiratet, nach der Scheidung kam sie, 1993, zurück nach Schottland und war arbeitslos. Sie lebte von der Fürsorge und bekam für sich und ihr kleines Mädchen pro Woche 70 Pfund. Dann begann sie zu schreiben, und zwar während etwa zweier Stunden täglich. Sie arbeitete jeweils in einem Café, weil sie nicht in der Lage war, die Heizung für ihre Wohnung zu bezahlen. Als das Manuskript für den ersten «Harry Potter»-Band fertig war, suchte sie einen Verleger. Drei Verlage lehnten ab. Dann aber einigte sie sich mit dem Verlag «Bloomsbury Children's Books», der ihr für den ersten Band 10 000 britische Pfund bezahlte. Der Titel: «The Philosopher's Stone» – das Buch wurde sofort zum Grosse Erfolg. Im gleichen Jahr erwarb ein ame-

rikanischer Verlag die Rechte für die USA und zahlte dafür mehr als 100 000 Dollar. Bereits im Jahr 2000 verdiente *Joanne K. Rowling* etwa gleich viel wie die prominentesten Popstars, und etwas später übertraf ihr Einkommen jenes der englischen Königin. Sie erhielt Tantiemen nicht nur aus den Büchern, sondern auch aus den Verfilmungen der «Harry Potter»-Bände. Privat kam ihr Leben wieder ins Gleichgewicht: Sie verheiratete sich mit einem schottischen Arzt. Interviews gab sie selten, sie suchte immer wieder nach Möglichkeiten, sich von der enthusiastischen Öffentlichkeit fernzuhalten. Das erste «Harry Potter»-Buch erreichte eine Erst-Auflage von nur tausend Exemplaren. Ihr Verlag entwickelte dann aber eine geschickte Marketing-Strategie, weitere Auflagen folgten, und bald befassten sich Literaturkritiker und Soziologen mit dem Phänomen «Harry Potter». Wie kam es, dass solche Geschichten eines zu Zaubereien fähigen Kindes weltweit Millionen, ja Hunderte Millionen Menschen in ihren Bann ziehen konnten? Die «Harry Potter»-Storys bestehen aus einer Mischung von Science-Fiction, Witz und Humor, aber auch aus genauer Beobachtung der Welten von Kindern und Jugendlichen. Der Held, Harry Potter, reifte in jedem Buch, seinem jeweiligen Alter entsprechend. 1997, bei der Publikation des ersten Bandes, war er noch ein Kind, jetzt, im Jahr 2007, hatte er das Alter von 17 Jahren erreicht. Autorin *Rowling* begnügte sich nie, in keinem ihrer Bücher, mit geradlinigen Erzählmustern, und jetzt, im angeblich letzten Band, schilderte sie die Charaktere oft in psychologisch hoch entwickelter Widersprüchlichkeit. Den Hauptfiguren gab sie sowohl Licht- wie auch Schattenseiten, Tugend und Laster tauschten bisweilen ihre Plätze. Der frühere spielerische Grundton in der Schilderung wich nun einer genauen Darstellung von Konflikten, und aus dem früher harmonischen Freundschaftsband zwischen Harry, Ron und Hermione wurde nun gelegentlich auch Streit. Frühere Vorbilder erhielten in der Schilderung von *Joanne K. Rowling* Risse. Das Gute sei ohne das Böse undenkbar, liess die Autorin erkennen.

*Stundenlanges Warten: Jugendliche vor einer Buchhandlung in London, am Vorabend der Publikation des angeblich letzten Bandes von «Harry Potter».*

